

## Referentenentwurf Wärmeplanungsgesetz

### Kernforderungen des Mittelstands

- Kein Anschlusszwang ans Wärmenetz

### Allgemeines

Die Transformation zu einer insgesamt nachhaltigen Energieversorgung bietet gute Chancen, die Energiekosten dauerhaft zu senken und Abhängigkeiten zu reduzieren. Dazu muss aber sicher gestellt werden, dass schlechte Planung keine neue Abhängigkeiten geschaffen werden und alte Strukturen aufgebrochen werden müssen. Ziel muss es deshalb sein, mehr Möglichkeiten für kommunale und mittelständische Versorger sowie Eigenversorgung zu schaffen, die dabei unterstützen, die Wertschöpfung in den Regionen zu halten.

### Kein Anschlusszwang ans Wärmenetz

Der Bund muss die kommunale Selbstverwaltung respektieren und einen Zwang zum Anschluss ans Wärmenetz vermeiden. Der vorliegende Referentenentwurf berücksichtigt dies bereits in Teilen. Eine deutlichere Hervorhebung dieses Aspektes ist aus Sicht des Mittelstands aber wünschenswert. Dabei muss weiterhin die Unterscheidung zwischen großen Städtetzen und Quartierslösungen gegeben sein. Durch die Differenzierung nach Größe werden kleinere Netze ausgenommen. Hinzu kommt noch die Differenzierung zwischen Einzelheizungslösungen und Quartierslösungen.

Sollten Verbraucher in ein Wärmenetz gezwungen werden, würden Investitionen blockiert, bis eine verbindliche Wärmeplanung für die jeweilige Region vorliegt. Ohne diese Sicherheit macht es zum Beispiel keinen Sinn, einen Standort auf Wärmeversorgung mit Wärmepumpen umzustellen, wenn wenig später die Kommune entscheidet, dass alle Verbraucher ohne ihr Einverständnis an ein Fernwärmenetz angeschlossen werden müssen. Hier muss auf jeden Fall ausgeschlossen werden, dass Verbraucher die bereits selber die Nachhaltigkeitsanforderungen bei der Wärmeversorgung erfüllen in ein Netz gezwungen werden können.